

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

8.4.1929 (No. 81)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Kneub, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kasseeintrag gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südbadisches Land)

Die anhaltend günstige Witterung im letzten Drittel des März hat eine weitere erhebliche Entlastung des Arbeitsmarktes gebracht, die auch eine Abnahme der Hauptunterstützungsempfänger um 26 720 Personen oder um rund 20 v. H. zur Folge hatte. Am 3. April bezogen noch 98 983 Personen (80 691 Männer und 18 242 Frauen) die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, während am 20. März 125 523 Personen (107 066 Männer und 18 457 Frauen) die Arbeitslosenversicherung und die Sonderfürsorge in Anspruch nahmen. In der Krisenunterstützung standen am 3. April 8835 Personen (7508 Männer und 1327 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 144 502 auf 107 782 zurückgegangen; die Zahl der männlichen Unterstützten sank von 114 851 auf 88 211, bei den Frauen war die Abnahme von 19 651 auf 19 571 nur geringfügig. Auf die Arbeitsämter in Württemberg und Hohenzollern trafen noch 35 908 Hauptunterstützungsempfänger (gegen 51 867) und auf die Arbeitsämter in Baden 71 874 (gegen 82 635). Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes kamen am 3. April auf 1000 Einwohner noch 21,4 Hauptunterstützungsempfänger gegen 26,7 am 20. März, 30,6 am 13. März und 31,8 am 6. März.

Die schwere Belastung, die der Arbeitsmarkt der Außenberufe im vergangenen Winter erlitt, hat eine sehr wesentliche Erleichterung erfahren, wenn auch unter dem Einfluß des Witterungsumschlags der letzten Tage eine Stauung festzustellen war. Im Baugewerbe waren es hauptsächlich die Maurer, die wieder Beschäftigung fanden, während sich für die übrigen Bauhandwerker noch keineswegs genügende Beschäftigungsmöglichkeiten boten. Auf dem Arbeitsmarkt für ungelernete Arbeiter war die Entlastung sehr beträchtlich; so waren in Notstandarbeiten allein rund 3000 Mann beschäftigt. Die Industrie der Steine und Erden konnte die entlassenen Arbeitskräfte erst zum Teil wieder einstellen. Gerade nicht sehr groß, aber sehr dringend war die Nachfrage der Landwirtschaft nach häuslichen Arbeitskräften; der Zugang der Wanderarbeiter hat begonnen. In der Forstwirtschaft trug die Beschäftigung der Holzarbeiter sehr zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei. Das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hatte für die Osterfeiertage großen Bedarf an Servicepersonal; auch Dauerstellungen waren in vermehrter Zahl angeboten.

Die Industrie hatte von der saisonmäßigen Entlastung des Arbeitsmarktes der Außenberufe noch wenig Gewinn; so gab es vor allem für die Handwerksberufe des Metall- und Holzgewerbes bei dem jetzigen Stand der Bautätigkeit fast noch keine Beschäftigung. In der Metallindustrie hat sich die Belebung der Fahrzeugindustrie fortgesetzt; aber andererseits ist die Abschwächung mancher Zweige, so der Schmiedindustrie und der Maschinenindustrie nicht zum Stillstand gekommen. In der Textilindustrie ist die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wieder recht uneinheitlich gewesen. Die Leberindustrie hatte keinerlei Bedarf an Arbeitskräften und neigte zu weiterer Abschwächung. Die Holzindustrie liegt mit Ausnahme der Sägewerksbetriebe noch sehr darnieder. Im Nahrungsmittelgewerbe machte sich vor den Feiertagen eine rege Vermittlungstätigkeit bemerkbar. Die Lage der Zigarrenindustrie hat sich noch nicht im geringsten gebessert. Im Bekleidungsgebiete hat sich die Besserung mit Ausnahme des Schuhmacherhandwerks und der Schuhindustrie fortgesetzt. In den übrigen Gewerbebezirken hat sich die ungünstige Lage nicht geändert.

#### Die Ereignisse in Mexiko

Der mexikanische Bundesgeneral Cardenas berichtet, daß er die von den Aufständischen geräumte Hauptstadt des Staates Sinaloa, Culiacan, besetzt hat. Galles meldet, daß die Bundesstruppen unter dem Befehl des Generals Almazan die Städte Santa Rosalia und Paral kampflos eingenommen haben.

Bei dem etwa 12 Kilometer von der amerikanischen Stadt Naco (Arizona) entfernt gelegenen Eisenbahntunnel der Southern-Pacific-Bahn kam es Samstag morgen zu einem Geplänkel zwischen einer britischen amerikanischen Grenzpatrouille und mexikanischen Aufständischen, bei dem ein Amerikaner durch einen Brustschuß schwer verwundet wurde. Wie sich später herausstellte, waren in einem Versteck in der Nähe des Tunnels 15 Säcke untergebracht, von denen jeder fünf Bomben enthielt. Es ist noch nicht geklärt, ob die Bomben über die Grenze zu den Rebellenstruppen geschmuggelt werden sollten oder dazu bestimmt waren, den amerikanischen Zug in die Luft zu sprengen, auf dem die bisher in El Paso internierten mexikanischen Bundesstruppen, die nach der Einnahme von Cuernavaca über die Grenze geflüchtet waren, nach Mexiko zurücktransportiert werden sollten. In Washington wird darauf hingewiesen, daß etwa 10 000 Mann amerikanischer Truppen in der Nähe der mexikanischen Grenze stehen, und daß weitere Grenzübergänge deren Einmarsch nach sich ziehen würden.

Eine Tagung des Stahlhelms in Danzig verboten. Die für den 4. und 5. Mai vom Gau Danzig des Stahlhelms geplante Stahlhelmtagung ist von der Regierung der Freien Stadt Danzig verboten worden. In der Begründung der Maßnahme wird betont, der Tagung sei ein ausgesprochen politischer Kampfcharakter gegeben. Sie bedeuere eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

### Letzte Nachrichten

#### Strafantrag im Langlopp-Prozess

W.D. Berlin, 8. April. (Tel.) Im Langlopp-Prozess beantragte der Erste Staatsanwalt gegen den Angeklagten Langlopp wegen räuberischer Erpressung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und zwei Monaten, wegen Nötigung eine Gefängnisstrafe von einem Monat und wegen unbefugten Waffenbesitzes eine solche von zwei Wochen. Er hat, diese Strafe zusammenzuziehen in eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft von 10 Wochen. Er beantragte ferner die Freisprechung des Angeklagten Loof, da die Beihilfe zur Tat nicht erwiesen sei. Im Verlauf seines Plädoyers erklärte der Staatsanwalt, die Anklagebehörde halte Langlopp nicht überführt, ein Sprengstoffverbrechen, auf das Zuchthausstrafe stehen würde, begangen zu haben. Dagegen halte sie ihn für schuldig der räuberischen Erpressung, der Bedrohung, der Nötigung und des unbefugten Waffenbesitzes. Der Angeklagte Loof sei der Beihilfe zur Tat nicht überführt.

#### Bombenattentate

##### Anschlag in der indischen gesetzgebenden Versammlung

W.D. Delhi, 8. April. (Tel.) In der gesetzgebenden Versammlung wurden heute in dem Augenblick, als der Präsident sich erhob, um vor nicht befehltem Hause das Wort zu ergreifen, zwei Bomben geworfen. Eine Bombe fiel vor dem Finanzminister Sir George Scudler zu Boden. Einige Mitglieder der Versammlung wurden verletzt. Zwei Männer, die Bomben und Revolver im Besitz hatten, wurden verhaftet.

##### Vereiteltes Bombenattentat in Albany

W.D. New York, 8. April. (Tel.) Beim Reinigen der Räume des Postamtes in Albany (der Hauptstadt des Staates New York) fand der Portier unter einem Tisch eine harmlos aussehende Kapsel, die an Gouverneur Roosevelt adressiert war. Beim Öffnen enthielt die Kapsel ein zündendes Geruchsmittel. Als dieses Geruchsmittel riecht, rief der Portier einen Polizisten, der das verdächtige Paket sofort unter Wasser setzte. Bei der Untersuchung durch Sachverständige stellte sich heraus, daß es eine regelrecht konstruierte Bombe enthielt.

#### Streikbewegung in den amerikanischen Südstaaten

W.D. Charlotte (Nord-Carolina), 8. April. (Tel.) Dem Streik in der Textilindustrie von Nord- und Süd-Carolina haben sich die Arbeiter weiterer Textilfabriken angeschlossen. Es heißt, daß beabsichtigt sei, die 200 000 Textilarbeiter der Südstaaten für die Bewegung zu gewinnen.

In Elizabethton (Tennessee) erklärte der Führer des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, in einer Massenversammlung vor 4000 Arbeitern der Glanzstoff- und Wembergfabriken, man habe den Industriellen, die hier Fabriken gründeten, billiges Land und billige Arbeit versprochen. Letzteres Versprechen sei falsch. Der Gewerkschaftsbund werde mit allen Kräften die Organisation der Arbeiter durchführen.

Der Täter von Baranowice gestorben. Der ehemalige Beamte der sowjetrussischen Handelsmission in Berlin, Ananowitsch, der kürzlich in der Polizeiwachstube des Bahnhofs der polnischen Kreisstadt Baranowice auf zwei polnische Staatsbeamte schoß, von denen der einen seinen Verletzungen erlag, ist im Krankenhaus von Baranowice plötzlich gestorben. Er wurde von einer schweren Herzerkrankung ergriffen und erlag einem Herzschlag.

#### Der Nachwinter

Weitere heftige Schneefälle sind in der Nacht zum heutigen Montag in großen Teilen von Kurhessen niedergegangen. Auf dem Meißner, dem höchsten der Hessischen Berge, wurden in der vergangenen Nacht 10 Grad unter Null gemessen. Die Schneefälle haben vielfach Verkehrsstörungen zur Folge gehabt.

Ein Eisenbahnzug, der am Samstag von Bière, einem am Fuße des schweizerischen Jura in 700 Meter Höhe gelegenen Dorf, nach Norge fahren wollte, blieb in mäßigen Schneeverwehungen stecken. Die beiden Maschinen des Zuges entgleisten. Jüngere Schienen sind aber nicht entfallen. Das Dorf Bière ist von der Umwelt abgeschnitten.

In ganz Südböhmen sind weitere große Schneefälle zu verzeichnen. Im Sandshof liegt der Schnee über einen Meter hoch. Der Verkehr ist unterbrochen. Auch in Bosnien ist der Verkehr wegen der Schneeverwehungen bedroht. Die Temperatur ist teilweise bis auf 10 Grad unter Null gefallen.

W.D. Rom, 8. April. (Tel.) Die Wälder bringen zahlreiche Meldungen über die Kälte, die auch bis nach Mittelitalien gedungen ist. So wird berichtet, daß nicht nur in Modena und Ferrara, sondern auch in Faenza, Bologna und Florenz Schneefall eingetreten ist. Die Züge erlitten starke Verspätungen. Auch mehrere Telefon- und Telegraphenlinien in der Apenninengegend wurden zerbrochen. In Rom erlebte man das seltene Schauspiel, die Höhe des Monte Cavo mit Schnee bedeckt zu sehen.

#### Sommerhüte in Amerika

W.D. New York, 8. April. (Tel.) New York und andere Städte der Vereinigten Staaten verzeichneten gestern mit 30 bis 34 Grad Celsius eine Rekordhitze, wie sie seit mehr als einem halben Jahrhundert in dieser Jahreszeit hier nicht vorgekommen ist. Nahezu eine halbe Million Menschen besuchten Coney Island und andere Seebäder. Tausende badeten, und es entwickelte sich ein richtiger Verkehr. Über eine der Brücken Philadelphias fuhren mehr als 50 000 Autos.

### Arbeitsmarktprognose

#### Die Besserungsmöglichkeiten

Unter den Wirtschaftsbarometern, die uns Aufschluß geben über die Entwicklung des Wirtschaftslebens, steht der Arbeitsmarkt vorne an. Er zeigt uns das Angebot menschlicher Arbeitskraft und die Nachfrage danach und gibt uns damit Aufschluß über das Vertrauen oder Mißtrauen der Wirtschaft hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeiten in der nächsten Zukunft.

Die allgemeine Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes im vergangenen Winterhalbjahr ist grundlegend beeinflusst worden durch die außergewöhnlich verminderten Beschäftigungsmöglichkeiten, die der besonders strenge Winter hervorgerufen hat. Die sogenannten Außenberufe, ein großer Teil der Landwirtschaft, das Baugewerbe, die Industrie der Steine und Erden, Teile des Bergbau- und Metallgewerbes, mußten mit Beginn der Frostperiode ihre Außenarbeiten fast völlig einstellen und den größten Teil ihrer Arbeitnehmer entlassen. Allein das Baugewerbe hatte in diesem Winter 700 000 Hauptunterstützungsempfänger aufzuweisen, die Industrie der Steine und Erden 130 000, die Landwirtschaft mehr als 100 000. Von den 2,4 Millionen Hauptunterstützungsempfängern sind nach amtlichen Angaben in den saisonbedingten Berufen allein 1,3 Millionen arbeitslos gewesen.

Die saisonmäßigen Einflüsse haben sich nicht nur auf die Außenberufe beschränkt. Auch der Rückgang der Beschäftigung in der nicht saisonbedingten Industrie, z. B. in der Metall-, Holz- und Nahrungsmittelindustrie, ist teilweise auf die Wirkungen des strengen und anhaltenden Winters zurückzuführen. So wurden Braumbetriebe im Braunkohlenbergbau geschlossen, Steinkohlengruben an Wasserstrahlen schränkten ihren Betrieb ein, die Holz- und die Metallindustrie litten unter der langen Arbeitsruhe in Baugewerbe, Gummifabriken konnten die nötigen Betriebstemperaturen nicht aufrechterhalten, Schneeverwehungen verhinderten die Holzzufuhr, die Vereisung der Wasserstraßen brachte nicht nur die Schifffahrt und den Hafenverkehr, sondern auch den Transport unentbehrlicher Rohstoffe für die Industrie und das Nahrungsmittelgewerbe zum Erliegen. Es ist anzunehmen, daß in diesen nicht saisonbedingten Berufen rund 200 000 Arbeitskräfte durch die außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse erwerbslos waren.

Nieht man von der Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von 2,4 Millionen die rund 1,5 Millionen ab, die sonach aus Saisongründen arbeitslos waren, so wird man mit einer halbigen Verminderung der Arbeitslosigkeit auf 0,9 Millionen Hauptunterstützungsempfänger rechnen können, vorausgesetzt, daß die Außenberufe ihre volle Beschäftigung wieder aufnehmen werden. Da der Arbeitsmarkt in den Jahren 1925 bis 1928 einen Zugang von rund 1,2 Millionen Erwerbstätigen zu verzeichnen hatte, da weiterhin das Jahr 1929 einen Zuwachs von 376 000 bringen wird — erst die späteren Jahre werden im Verfolg des Geburtenausfalls der Kriegszeit eine Entlastung bringen — ist mit einer weiteren Verminderung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger über diese Zahl von 900 000 hinaus im Laufe des Sommerhalbjahres kaum zu rechnen. Zu den 900 000 Hauptunterstützungsempfängern aus der Arbeitslosenversicherung treten 160 000 Arbeitslose in der Krisenfürsorge, deren Zahl sich erfahrungsgemäß im Sommerhalbjahr nur unwesentlich zu vermindern pflegt. Rechnet man zu dieser Zahl von über 1 Million Erwerbslosen noch die dazugehörigen Ehefrauen und Kinder, so erhält man erst das richtige Bild von dem Ausmaß der aus der allgemeinen Wirtschaftslage entspringenden Arbeitslosigkeit in Deutschland, wobei die stark verbreitete Kurzarbeit noch außer Betracht geblieben ist.

Bei allen Erörterungen über die Wirtschaftslage Deutschlands und seine Leistungsfähigkeit sollten diese erschreckenden Ziffern dringliche Beachtung finden. Insbesondere dürfen die Reparationsfachverständigen in Paris an ihnen nicht vorübergehen.

Das Befinden des Reichspräsidenten. Reichspräsident von Hindenburg hat in den letzten Tagen unter einem Grippeanfall mit Magenstörung gelitten, den er aber gut überstanden hat. Der Reichspräsident, der auch während dieser Erkrankung die laufenden Geschäfte weiter geführt hat, hat seit Samstag wieder die regelmäßigen Vorträge entgegengenommen, muß sich aber in der nächsten Zeit in Empfangen und Ausgängen noch gewisse Zurückhaltung auflegen.

Fürsorge für die älteren Angestellten. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme der älteren Angestellten in besonders begründeten Fällen auch auf Angestellte zwischen 30 und 40 Jahren angewandt werde. Es handelt sich um Jahreslohnbeihilfen und Rationshilfen, die auch denen zuteil werden, die Empfänger von Krisenunterstützungen sind.

### Reichsregierung und Finanzprogramm

Das Reichskabinett trat am Sonntag unter dem Vorsitz des wiedergewählten Reichskanzlers zu seiner ersten Sitzung nach Ostern zusammen. Es beschäftigte sich mit den Vorschlägen, welche von den Finanzfachverständigen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei gemeinsam vereinbart waren. Das Reichskabinett beschloß nach eingehender Prüfung im Hinblick auf die gesamtpolitischen Notwendigkeiten, insbesondere die rasche Erledigung des Glais, unter Zurückstellung seiner Bedenken, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten.

### Die Not der Pfalz

Der pfälzische Abg. Fink (Ztr.) hat folgende kurze Anfrage im Bayerischen Landtag eingereicht: „Die Bevölkerung des pfälzischen Grenzgebietes ist enttäuscht und erbittert über die Behandlung, die ihr in der letzten Denkschrift der Reichsregierung zuteil wurde. Sie mißgönnt nicht Preußens Offiziere die zugesagte großzügige Hilfsaktion, aber sie verlangt für sich die gleiche Berücksichtigung, zumal bei ihr zur Grenznot noch die Last der Besatzung hinzukommt. Die Wirtschaftsnote in der Pfalz, besonders in den Grenzbezirken, hat in der letzten Zeit geradezu unerhörte Formen angenommen; die Arbeitslosigkeit ist hier die bereits größte in Deutschland. Die wichtigsten Industriezweige sind am Erliegen. Neue Industrien siedeln sich nicht an mit Rücksicht auf die Besatzung, die nahe Grenze und die durch die periphere Lage verursachten hohen Frachtkosten. Die bisher aus dem Grenzfonds zugeteilten Mittel waren nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ist die Staatsregierung bereit, mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß auch für die westlichen Grenzgebiete in diesem Jahre schon eine wirklich fühlbare Hilfsaktion unternommen wird?“

Auf der Münchener Theresienwiese sind die Bauarbeiten für die Große Landwirtschaftliche Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (4.-9. Juni) in vollem Gange. Es werden u. a. gebaut: eine Mesentribüne, eine 210 Meter lange Doppelhalle, ein wohleingerichtetes Dorf mit Kirche, Wirtshaus, Försterei und Bauernhäusern. 400 000 Quadratmeter umfaßt das Ausstellungsareal. Die letzte D.L.G.-Schau in München fand im Jahre 1905 statt. Was jetzt im Entstehen begriffen ist, scheint alles Frühere weit zu übertreffen.

Neuwahlen in Waldeck. Auf Grund des Staatsvertrages zwischen Preußen und Waldeck werden in nächster Zeit in Waldeck Wahlen stattfinden. Der Vertrag bestimmt, daß binnen drei Wochen eine Zusatzwahl zum preussischen Landtag vorgenommen werden soll. Die Stimmen der in Waldeck wahlberechtigten Einwohner sollen auf die in Hessen-Kassel bei der letzten allgemeinen Wahl zugelassenen Wahlvorschläge abgegeben werden und die Reichstimmen dem Landeswahlvorschlag zugerechnet werden. Ebenso finden in der nächsten Zeit Zusatzwahlen zum Kommunalparlament und Kreisrat statt. Voraussichtlich wird ein gemeinsamer Wahltermin festgesetzt werden.

Die erste deutsche Fernbahn. Am gestrigen Sonntag waren 90 Jahre vergangen, seit Sachsen die erste deutsche Fernbahn zwischen Leipzig und Dresden eröffnete. Die Fahrzeit betrug 3 bis 4 Stunden. Aus Anlaß dieses Gedenktages veranstaltete in Leipzig der Verein der Beamten der bormaligen sächsischen Staatseisenbahn eine feierliche Feier.

Die Schweiz führt die freie Getreidezufuhr wieder ein. Das Schweizer Volk nahm mit großer Mehrheit das neue Getreidegesetz an, welches das seit dem Kriegsausbruch bestehende staatliche Einfuhrmonopol beseitigt. Die neue Getreideordnung, fußt auf der Freiheit der Getreidezufuhr, indem sie aber gleichzeitig den nationalen Getreidebau sichert.

### Kleine Chronik

Sonntag abend gegen 8 Uhr wurde auf dem Übergang der Kreisstraße bei Badenhausen an der Straße Hamau-Eberbach (Hessen) der Personentransportwagen der Familie Gaud aus Schaafheim (Kreis Dieburg) von einem Personenzug überfahren. Zwei der Insassen wurden sogleich getötet, drei Schwerverletzte sind bald darauf gestorben, so daß 5 Personen umgekommen sind.

In einem Vorort von Paris wurde dieser Tage eine 70 Jahre alte alleinstehende Frau erschlagen in ihrem Bett aufgefunden. Der Beweggrund war offenbar Raub. Die Tat hat ein 14 Jahre alter Lehrling und ein 15jähriger Restaurantgehilfe begangen. Das Ergebnis des Raubes betrug 12 Franken.

Dr. Walter Niese (Privatdozent in Frankfurt a. M.): Die Unfallneurose als Problem der Gegenwartsmedizin. Voraussetzungen und Grundlagen ihrer Beurteilung, Begutachtung und Behandlung. 261 Seiten. Brosch. 8,50 M. Hippokraties-Verlag, Stuttgart. Die Unfallneurose ist eines der brennendsten Probleme der Gegenwartsmedizin. In diesem Buch wird es in fähiger und neuartiger Weise erörtert.

### Die Handelshochschule Mannheim

Vier Hochschulen liegen am Neckar, die älteste deutsche Universität Heidelberg und ihre etwas jüngere Schwester Tübingen. Das 19. Jahrhundert mit seiner riesigen Entwicklung der Industrie gab dem württembergischen Staat den Anlaß, eine Technische Hochschule in Stuttgart zu errichten. In diesen dreien trat dann vor zwanzig Jahren die jüngste, die Handelshochschule Mannheim.

Hier mündet der Neckar in den Rhein, die große, so viel umkämpfte Verkehrsstraße. Hier hatte sich, zumal seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, ein bedeutender Handelsplatz entwickelt. Die Industrie hatte die Vorteile dieses „letzten Seehafens“ mitten im Binnenlande auszunutzen verstanden. Mannheim war daher ein Vorort der südwestdeutschen Wirtschaft geworden. Es ist begreiflich, daß in einer solchen Stadt gerade Bestrebungen hervorbrachten, den zukünftigen Trägern und Mitarbeitern im Dienste der Wirtschaft und zumal des Handels, eine den gewachsenen Anforderungen der Zeit besonders entsprechende Vorbildung zu geben.

Der Handelshochschulgedanke, wie er zu Anfang des 20. Jahrhunderts auch anderweit sich Bahn gebrochen hatte, fand daher in Mannheim Anklang. Der Oberbürgermeister Otto Beck, ein Mann, der sich auch sonst um die Entwicklung Mannheims die größten Verdienste erworben hat, regte als erster die Errichtung einer solchen Anstalt an. Er fand dabei in dem Heidelberger Professor Eberhard Gothein einen Mann, der bereits Erfahrungen auf diesem Gebiete besaß. Gothein hatte an der Errichtung der Handelshochschule in Köln, die inzwischen diesen Namen freigebend, die ehrwürdigen Traditionen der Kölner Universität wieder aufgenommen hat, auf das eifrigste mitgewirkt. Es ist der vereinten Tätigkeit dieser beiden Männer zu verdanken, daß alle Schwierigkeiten überwunden wurden und die Hochschule vor nunmehr zwanzig Jahren ihre Tätigkeit aufnehmen konnte.

Der badische Staat, dessen Finanzen schon durch die Erhaltung von drei Hochschulen stark belastet sind, erklärte damals, er sei nicht in der Lage, eine weitere zu unterstützen. Die Stadt Mannheim ist es daher, die, von der Handelskammer in einem gewissen Umfang unterstützt, die Gründung der neuen Anstalt übernahm, und sie auch noch heute unterhält. Die letzten sechs Friedensjahre zeigten zur Genüge, daß der Mannheimer Boden für eine solche Einrichtung durchaus geeignet war, mochten auch hier und da noch Schwierigkeiten herortreten. Sie konnten dank dem Eingreifen des ersten Leiters, des Vorstandes des Statistischen Amtes der Stadt Mannheim, Professor Sigmund Schott, und des leider inzwischen verstorbenen Professors Martin Behrend beseitigt werden. Dann kam der Krieg und die für den Bestand der jungen Hochschule vielleicht noch gefährlichere Nachkriegszeit. Große Stiftungen, wie die aus dem Heinrich-Lang-Gedächtnisfonds, die ihr eine ruhige Weiterentwicklung verbürgt hätten, wurden durch die Inflation aufgezehrt. Die Stadt hat aber, so schwer es ihr vielfach wurde, doch die Erhaltung der Hochschule nicht nur ermöglicht, sondern auch weiter ausgebaut.

Wie die Hochschule hofft, daß sie in Kürze ein Hochschulgebäude ihr eigen nennen kann, so hegt sie auch die bestimmte Erwartung, daß ihr das Promotionsrecht zuteil wird.

In der Handelshochschule wirken 11 Ordinarien, 7 Privatdozenten und 40 nebenamtliche Dozenten. Einige der letzteren sind Professoren der Heidelberger Universität, die ihrerseits dafür manchen Mannheimer Professor im Austausch als „nebenamtlichen“ heranzieht. Die anderen nebenamtlichen Lehrkräfte an der Handelshochschule sind vor allem Männer der Praxis, der Wirtschaft zumal, aber auch der Verwaltung, wie sie in solcher Auswahl ein Platz von der Bedeutung Mannheims und des nachbarlich eng verbundenen Ludwigshafens bieten kann.

### Die Pariser Konferenz

#### Die Forderungen der Gläubiger

Es hat sich nun herausgestellt, daß die einzelnen Gläubigerstaaten Forderungen stellen, die, summiert, gar keine Aussicht haben, erfüllt zu werden, so daß man selbst in Ententezirkeln über die Höhe der so zustande kommenden Gesamtsumme überzweifelt ist.

Die Agentur Savas erklärt, daß die Diskussion über die Ziffern Montag wieder aufgenommen werde, und daß sie wahrscheinlich den größten Teil der Woche in Anspruch nehmen würde. Nach dem „Matin“ ist man zu der Überzeugung gekommen, daß noch mehrere Tage notwendig seien, um die Ziffern der Forderungen an die Grenze dessen zu bringen, was die Amerikaner praktisch für befriedigend erklären. Unter diesen Umständen müßten die Alliierten und Amerika ihre Forderungen um mehr als eine halbe Milliarde im Jahr, was die Reparationen anbetreffe, herabsetzen, und man habe noch nicht einmal die absolute Sicherheit, daß Deutschland eine Annuität von 1800 Millionen, die man alsdann erzielen werde, annehmen werde. Dr. Schacht befindet sich jetzt in der bequemsten Lage des Abwehrenden. Die Aussprache unter den Alliierten selbst über die Ziffern werde vermutlich drei oder vier Tage dauern.

### Ein neues Heimstätten-Gesetz

Der ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium hat den Entwurf eines Wohnstättengesetzes verfaßt, der in einiger Zeit dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Der Entwurf wird in der Hauptsache nähere Ausführungsbestimmungen für die im Artikel 155 der Reichsverfassung den Gemeinden auferlegte Verpflichtung, Bodenverratswirtschaft zu treiben, enthalten. Zweck dieser Vorratswirtschaft ist die Beschaffung von Land für Wohnstätten, Kleingärten, Verkehrs- und andere öffentliche Anlagen, Turn-, Spiel- und Sportplätze, sowie für Zwecke der Wohnungswirtschaft jeder Art. Die Gemeinden sollen nach dem Sinn der Reichsverfassung diesen Grundbesitz natürlich nicht erwerben, wenn er durch die Spekulation verteuert worden ist, sondern möglichst frühzeitig. Zu diesem Zweck wird den Gemeinden für Grundstücke, deren sie zur Erfüllung ihrer gemeinnützigen Aufgaben bedürfen, ein brüchliches Verkaufrecht eingeräumt werden. Die Gemeinde kann dann unter Umständen ein Enteignungsverfahren an unbewohnten Grundstücken einleiten, wobei die Höhe der Entschädigung nach der steuerlichen Einheitsbewertung auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes bemessen werden soll. In bestimmten Fällen kann die Behörde freilich auch eine zusätzliche Entschädigung festsetzen.

Der Entwurf für ein Wohnstättenengesetz wird voraussichtlich wegen einer Reihe von Bestimmungen auf starken Widerstand stoßen. Die Auffassung, daß übermäßig hohe Bodenpreise an der Verteuerung der Wohnungsmieten schuld sind, ist in jedem Falle heute irrtümlich. Nicht die Bodenpreise, sondern die hohen Baukosten und die übermäßigen Zinslasten verteuern den Wohnungsbau. Dieser kann also durch ein Wohnstättenengesetz gegenwärtig kaum gefördert werden.

Der englische Außenminister Chamberlain ist nach Beendigung seines Ferienaufenthaltes in Italien wieder in London eingetroffen.

Verhaftung eines spanischen Schriftstellers. Aus Madrid wird berichtet, daß der spanische Romanchriftsteller Ramon de Valle-Inclan auf Verhütung des Innenministeriums verhaftet und in das Gefängnis übergeführt worden sei, weil er im Verlaufe einer Rede die gegenwärtige politische Lage Spaniens kritisiert habe. Die Nachricht von dieser Verhaftung habe in Madrid sensationell gewirkt.

Das besteuerte W. C. Die Stadt Eisenberg in Thüringen baut eine Kläranlage, die am 1. Oktober fertig sein wird. Zur Deckung der Kosten sollen die Kanalgebühren um das Mehrfache erhöht und eine besondere Steuer von jeder W. C.-Anlage erhoben werden.

### Sieben Vergleute verschüttet

W.V. Kattowitz, 8. April. (Tel.) Am Samstag ereignete sich auf dem Silberbrandt-Schacht bei Reudorf ein schweres Unglück. Ein Feiler der 600-Meter-Sohle ging zu Bruch. Sieben Vergleute, darunter ein Steiger, wurden verschüttet. Nach zweifelhafte Bergungsarbeiten konnte ein Bergmann in schwerverletztem Zustande geborgen werden. Trotz fortgesetzter Rettungsversuche konnten erst gegen Abend drei weitere Vergleute, davon einer schwer, die beiden anderen leicht verletzt, zutage gefördert werden. Die restlichen drei Verschütteten konnten bis jetzt noch nicht befreit werden, da die Rettungsarbeiten infolge behändiger Einsturzgefahr erschwert sind. Zwei der Eingeschloffenen geben noch Klappzeichen, während der Dritte verstummt ist.

### Badische Gemeindeordnung und Selbstverwaltung

#### Eine demokratische Stimme

Die Bestrebungen auf Reform der badischen Gemeindeordnung wurden wie mitgeteilt auch im Karlsruher Bürgerausschuß bei der Haushaltsberatung besprochen, ohne daß man allerdings zu irgendwelcher Schlußfolgerung kam, außer der, daß die Sache nicht eile, und daß man eine reichsgesetzliche Regelung abwarten könne. Anlässlich der zu gleicher Zeit in Mannheim stattgefundenen Beratung des Stadthaushalts finden wir in der demokratischen „N. Bad. Landesztg.“ Ausführungen von Dr. Karl Eugen Müller, denen wir folgendes entnehmen:

„Schon die äußeren Formen, unter denen sich die Beratungen des Bürgerausschusses vollziehen, weichen bei dem, der aus anderen deutschen Ländern andere Verhältnisse gewohnt ist, ein gewisses Befremden. Zwar gibt es einen selbstgewählten Vorstand und an dessen Spitze einen Obmann, aber die Befugnisse dieses Vorstands sind eng begrenzt. Die Leitung dieser parlamentsähnlichen Körperschaft ruht nicht in der Hand eines aus ihrer Mitte Gewählten, sondern ist durch das Gesetz dem Stadtoberhaupt vorbehalten — ungefähr so, als wenn im Reichstag nicht sein Präsident, sondern der Reichskanzler die Geschäfte führen würde. Das Bureau dieser Versammlung ist identisch mit der Ministerkanzlei; bescheiden sitzt der „Vorstand“ unterhalb der den Bürgermeistern und den Stadträten vorbehaltenen Ertrasse. Zugabe: Das sind nur Außerlichkeiten — aber sie sind bezeichnend für den Geist der badischen Gemeindeverwaltung.“

Die tatsächliche Macht in der städtischen Verwaltung liegt nicht beim Bürgerausschuß, sondern beim Stadtrat, einer Körperschaft, die ihre Zusammenfassung indirekter Wahl verdankt, einem System, das längst vor dem Kriege als überwunden galt und zuletzt nur noch von der preussischen Reaktion zäh verteidigt wurde. Daß die badische Gemeindeverwaltung noch an diesem Petrefakt festhält, liegt an der übertriebenen Gleichmäherei, mit der im Gesetz große und kleine Gemeinden behandelt werden. Denn in kleinen Gemeinden tritt an die Stelle des Bürgerausschusses die Gemeindeversammlung, also die Gesamtheit der Bürger. Wenn von ihr der Gemeinderat gewählt wird, so entspricht das durchaus den Anforderungen des modernen demokratischen Denkens; in den Städten aber wird der Bürgerausschuß als Zwischenglied eingeschaltet, der angeht der engen Begrenzung seiner sonstigen Befugnisse Bedeutung tatsächlich nur als Wahlkörper hat. Der Stadtrat selbst hat keine direkte Verbindung mit der Wählerschaft mehr, und seine Beratungen sind nicht öffentlich. Darin liegt unzulässig die Gefahr, daß sich dieses Gremium zu einer neuen Art von Bürokratie auswähle, daß das Gefühl der Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft verdrängt wird von einem gewissen Amt- und Machtbewußtsein, das mit dem heutigen Begriff von demokratischer Selbstverwaltung doch nur recht schlecht vereinbar ist.“

Zum besseren Verständnis dieser Ausführungen möchten wir folgendes bemerken:

In Deutschland haben wir in der städtischen Selbstverwaltung eine Reihe von Systemen, die sogar innerhalb eines Landes, wie in Preußen, verschieden sind. Das eigentliche Zweikammersystem, wie es in reiner Form z. B. die östlichen Provinzen Preußens haben, sieht zwei Körperschaften vor: die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat. Die Stadtverordnetenversammlung tagt unter einem eigenen von ihr gewählten Stadtverordnetenvorsitzer und wählt den teils aus besoldeten, teils aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehenden Magistrat, dessen Mitglieder nach Bedarf, ähnlich wie die Regierungsmitglieder im Landtag, den Sitzungen der Stadtverordneten beiwohnen, Auskünfte geben und Vorlagen verteidigen, ohne jedoch dort stimmberechtigt zu sein. Auch das badische System ist als Zweikammersystem anzupprechen, wenn auch die Beschüsse in gemeinsamen Sitzungen von Stadtverordneten und Stadtrat im Bürgerausschuß gefaßt werden. Aber schon der Obmann der Stadtverordneten hat, wie in den oben erwähnten Ausführungen dargelegt ist, lange nicht den Einfluß des Stadtverordnetenvorsitzers. Das Einkammersystem, das jetzt auch für Baden angestrebt wird, haben bereits Württemberg und Bayern. Was am gegenwärtigen badischen System am meisten gerügt wird, das mangelnde Initiativrecht, hat allerdings nicht unbedingt etwas mit dem Frage Einkammer- oder Zweikammersystem zu tun. Jedenfalls ist die Erörterung der Frage nun einmal im Fluß, und wir halten es für unsere Pflicht, richtigere Aufzählungen dazu den Lesern mitzuteilen.

Der Hochkapler Harry Domela ist wieder verhaftet worden. Er hat in Hamburg mehrere Kreditfälschungen begangen.

Basis zu schaffen. Von den neu aufgenommenen Nidern sind eine Anzahl dem Niedergut des früheren Freiburger Gefangenenbuches entnommen; andere stellen den notwendigen Kontakt mit dem modernen kirchenmusikalischen Empfinden her. Die Neuausgabe ist übersichtlich geordnet, verfügt über einen gut lesbaren Druck und ist mit vollständigen Fälschungen illustriert. Von Wilbern im modernen Stil wurde abgesehen, weil die neuzeitliche Kunst noch nicht zum Abschluß ihrer Stilgeschichte gelangt ist.

Das von Franz Philipp, Direktor der Hochschule für Musik in Karlsruhe, bearbeitete Orgelbuch zum Magnifikat befindet sich im Druck und wird demnächst durch die Herderische Verlagsbuchhandlung ausgegeben. Auch eine Abänderung des Magnifikats wird durch die Neubearbeitung des Diözesan-Gesangbuches notwendig, weil einige der bisher einzulübenden Nidern sich im neuen Buch nicht mehr vorfinden.

Geheimrat Sufferl 70 Jahre alt. Geheimrat Edmund Sufferl, der Begründer der Phänomenologie, der emeritierte ordentliche Professor für Philosophie an der Universität Freiburg, kann heute, Montag, seinen 70. Geburtstag feiern. Sufferl wurde in Kroßniz in Böhmen geboren, studierte an den Universitäten Leipzig, Berlin, Wien und Halle Astronomie, Mathematik, Physik und Philosophie und habilitierte sich 1887 an der Universität Halle. 1901 wurde er außerordentlicher Professor in Göttingen, bekam dort 1906 das philosophische Ordinariat und wurde 1916 als Nachfolger Windelbands nach Freiburg berufen. Seine Berufung nach Berlin als Nachfolger von Ernst Trötschel, 1923, lehnte er ab. Sufferl ist einer der führenden deutschen Philosophen der Gegenwart.

Deutsche Alterstumsforscher am Bodensee. Gegenwärtig weilen in Bregenz und Konstanz führende Männer der Alterstumsforschung West- und Süddeutschlands zu einer Tagung. Verschiedene Universitätsprofessoren und andere Gelehrte aus Wien, München, Stuttgart, Freiburg, Marburg, Jülich und Konstanz sind als Referenten für die Tagung bestellt, deren Schluß eine Besichtigung der Sammlungen in Donaueschingen und des Schweizer Landesmuseums in Zürich bildet.



**Zentralhandelsregister für Baden.**

**Baden-Baden.** O.771  
Handelsregister-Eintrag  
Abt. B Bd. II O.-Z. 89  
Firma **J. Weber, Plan-  
lagen, Aktiengesellschaft, Ba-  
den-Baden-Muggensturm** —: Durch  
Beschluss der Generalver-  
sammlung vom 7. Febr.  
1929 wurden die §§ 1  
(Firma) u. 31 (Geschäfts-  
jahr) des Statuts geän-  
dert. Die Firma lautet  
jetzt: **Badische Planlagen,  
Aktiengesellschaft, Muggen-  
sturm**. Dem Kauf-  
mann **Richard Esche** in  
Baden-Baden ist Procura  
erteilt. Vertretung der Ge-  
sellschaft und Zeichnung  
deren Firma in Gemein-  
schaft mit einem Vor-  
standsmitglied oder einem  
weiteren Prokuristen. (13.  
3. 1929).

**Baden, 13. März 1929.**  
Bad. Amtsgericht I.

**Wengenbach.** O.781  
Handelsregister A O.-Z.  
102: **Marienapotheke Karl  
Strocher, Nachf.** in Zell a.  
S.: Die Firma ist geän-  
dert in: **„Otto Schönecker,  
Marienapotheke und Dra-  
genhandlung in Zell a. S.“**  
Wengenbach, den 15. März  
1929. Amtsgericht.

**Karlsruhe.** O.821  
Handelsregister-Einträge:  
1. **Gebrüder Kaufmann,  
Gesellschaft mit beschränk-  
ter Haftung, Karlsruhe.**  
Gottfried Fuchs Dr. phil.  
Wilhelm Werner (genannt  
Bill) Fuchs und Philipp  
Fuchs sind nicht mehr Ge-  
schäftsführer. Durch Ge-  
schäftsführerbeschluss vom  
28. März 1929 wurde der  
Gesellschaftsvertrag in § 6  
Abs. 2 geändert. Danach  
gilt künftig: Sind meh-  
rere Geschäftsführer be-  
stellt, so vertreten sie die  
Gesellschaft einzeln. 28.  
III. 29.

2. **G. Lorenz Aktiengesellschaft** in Berlin mit  
einer Zweigniederlassung  
in Karlsruhe. Die Pro-  
cura des Walter Fahne-  
mann ist erloschen. 27.  
III. 29.

3. **Karl & Bernheimer  
Zellstoff- u. Papierfabriken  
Aktiengesellschaft in Ett-  
lingen mit einer Zweig-  
niederlassung in Marau**  
unter der Firma **Bogel &  
Bernheimer Zellstoff-  
u. Papierfabriken Akti-  
engesellschaft Zweig-  
niederlassung Marau**. Ge-  
genstand des Unterneh-  
mens: Fabrication von  
Cellulose, Papier und son-  
stiger einschlägiger Artikel  
und Nebenprodukte sowie  
der Handel mit diesen Ge-  
genständen. Die Gesell-  
schaft ist berechtigt, Zweig-  
niederlassungen und Agen-  
turen im In- und Aus-  
land zu errichten, sowie  
Unternehmen, welche dem  
Gesellschaftszweck nahe-  
stehen, zu gründen, zu  
pachten, zu erwerben und  
sich an solchen zu betei-  
ligen. Grundkapital:  
4.900.000 M., eingeteilt  
in 4900 auf den Namen  
der Inhaber lautende Ak-  
tien à 1000 M. Vor-  
stand: Dr. Julius Bogel,  
Sigmund Bernheimer,  
Ernst Bernheimer, Dr.  
Robert Bernheimer, alle  
Fabrikanten in Karlsruhe.  
Den Kaufleuten Leo Beer,  
Alfred Lohnd, Gustav  
Reuter in Ettlingen und  
Eduard Illm in Karlsruhe  
ist Gesamtprocura in der  
Weise erteilt, daß jeder  
von ihnen berechtigt ist,

gemeinsamlich mit einem  
Vorstandsmitglied oder  
einem Stellvertreter des  
Vorstandes die Gesell-  
schaft zu vertreten. Der  
Gesellschaftsvertrag ist am  
4. September 1928 festge-  
stellt und am 2. 16. und  
18. Oktober und 8. No-  
vember 1928 geändert.  
Die Gesellschaft wird ver-  
treten, wenn der Vorstand  
aus einem Mitglied be-  
steht, von diesem, wenn  
der Vorstand aus zwei  
oder mehreren Mitglie-  
dern besteht, von zwei  
Mitgliedern des Vorstan-  
des oder einem Mitglied  
des Vorstandes und einem  
Stellvertreter oder einem  
Mitglied des Vorstandes  
und einem Prokuristen.  
Der Aufsichtsrat ist be-  
rechtigt, wenn der Vor-  
stand aus mehreren Mit-  
gliedern besteht, einem  
oder mehreren Mitglie-  
dern des Vorstandes die  
Besorgung zu erteilen, die  
Gesellschaft allein zu ver-  
treten. Von den Vor-  
standsmitgliedern Dr. Ju-  
lius Bogel, Sigmund  
Bernheimer, Ernst Bern-  
heimer und Dr. Robert  
Bernheimer ist jeder be-  
rechtigt, die Gesellschaft  
allein zu vertreten. Die  
Bekanntmachungen der  
Gesellschaft erfolgen im  
Deutschen Reichsanzeiger.  
28. III. 29.

**Amtsgericht Karlsruhe.**

**Karlsruhe.** O.824  
Handelsregister-Einträge:  
1. **Elkana & Baer,  
Karlsruhe.** Wilhelm Al-  
thoff ist aus der Gesell-  
schaft ausgeschieden. 25.  
III. 29.

2. **Fugo Kahl, Karlsru-  
he.** Die Firma ist er-  
loschen. 25. III. 29.

3. **Jug.-Wirts. O. Fischer  
& Co., Karlsruhe.** Die  
Firma ist erloschen. 25.  
III. 29.

4. **Gansen, Neuenburg  
& Co., Frankfurt a. M.,  
Zweigniederlassung Karlsru-  
he.** Die Procura des  
Jakob Feiden ist erloschen.  
25. III. 29.

5. **Karl Guhl, Karlsru-  
he.** Die Prokuren des  
Richard Schmitz und Karl  
Korn sind erloschen. 27.  
III. 29.

6. **Franz A. Weber,  
Karlsruhe.** Dem Kauf-  
mann Willi Schaber, Dur-  
lach, ist Procura erteilt.  
Die Procura der Rosa  
Wertz ist erloschen. 30. III.  
1929.

**Amtsgericht Karlsruhe.**

**Regl.** O.759  
Handelsregister. Firma  
**Süd-Export, Gesellschaft  
mit beschränkter Haf-  
tung** in Regl. Die Vertretungs-  
befugnis des Liquidators  
Josef Weha in Stöckburg  
ist beendet. Die Firma ist  
erloschen. Regl. 9. März  
1929. Bad. Amtsgericht.

**Baden.** O.772  
Handelsregister-Eintrag  
1. Abt. A: Am 1. 3.  
1929: O.-Z. 64, Firma  
**„Sumas“, Bierbedarf-  
gesellschaft Nusser & Sohn**  
in Bad. Die Gesellschaft  
ist aufgelöst. Der bisherige  
Geschäftsführer Wendelin  
Nusser in Bad. ist jetzt  
alleiniger Inhaber der  
Firma und wohnt jetzt in  
Bad.

Am 4. 3. 1929: O.-Z.  
886: Firma **Jos. Elbe** in  
Friesenheim ist erloschen.  
Am 4. 3. 1929: O.-Z. 78,  
Firma **Oberhelmsche Holz-  
u. Fassfabrik, Feit-**

**Frisk** in Bad. Dem Kauf-  
mann Richard Schmolz in  
Bad. ist Procura erteilt.  
Am 5. 3. 1929: O.-Z.  
226: Firma **Wehde & Co.,  
Eierzeugwarenfabrik** in  
Dörlinbach, offene Han-  
delsgesellschaft. Dieselbe  
hat am 1. Jan. 1929 be-  
gonnen. Persönlich haf-  
tende Gesellschafter sind:  
Nicolaus Wehde, Väterwit-  
we, Josefine geb. Kösch,  
Karl Wehde, Kaufmann,  
Oskar Wehde, Väter, u.  
Emil Wehde, Mechaniker,  
alle in Dörlinbach.

2. Abt. B: Am 21. 2.  
1929: O.-Z. 112, Firma  
**Rahner Brauhaus, A.-G.**  
in Bad. Franz Weigel in  
Offenburg ist als Liqui-  
dator abberufen.  
Am 5. 3. 1929: O.-Z.  
3/115, Firma **Gebrüder  
Widert, G. m. b. H.**, in  
Bad. Durch Geschäfts-  
führerbeschluss vom 26.  
Februar 1929 ist die Gesell-  
schaft aufgelöst. Der bis-  
herige Geschäftsführer Emil  
SchAAF in Bad. ist Liqui-  
dator.  
Am 18. 3. 1929: O.-Z.  
116: Firma **Fivas & Co.,  
Gesellschaft mit beschränk-  
ter Haftung** in Bad. Ge-  
genstand des Unterneh-  
mens ist die Fabrication  
von echten Schweizer  
Stumpfen und der Handel  
mit denselben. Die Gesell-  
schaft ist befügt, zur Er-  
reichung dieses Zweckes  
Zweigniederlassungen zu  
errichten und sich auch an  
anderen Unternehmungen  
gleiches oder ähnlicher Art  
in jeder gesetzlich zuläs-  
sigen Form zu beteiligen.  
Das Stammkapital be-  
trägt 20.000 M. Der Ge-  
sellschaftsvertrag ist am  
11. 2. 1929 festgestellt. Die  
Gesellschaft kann einen od.  
mehrere Geschäftsführer  
bestellen. Sind mehrere  
Geschäftsführer bestellt, so  
kann die Geschäftsführer-  
versammlung einen od.  
mehreren der Geschäfts-  
führer od. allen Geschäfts-  
führern das Recht zur  
selbständigen Vertretung  
übertragen. Zu Geschäfts-  
führern sind bestellt: Char-  
les Jules, Henri Fivas,  
Fabrikant in Yverne  
(Schweiz), André Fivas,  
Fabrikant in Yverne  
(Schweiz), Friedr. Staub,  
Fabrikant in Bad., u. Ar-  
nold Staub, Kaufmann in  
Bad.; dieselben sind ein-  
zelnen Vertretungsberechtig-  
t. Bad., 11. März 1929.  
Amtsgericht.

b) Vom 20. März 1929:  
**Commerz- und Privat-  
Bank Aktiengesellschaft Fi-  
liale Mannheim** in Mann-  
heim als Zweigniederlas-  
sung der Firma **Commerz-  
und Privat-Bank Akti-  
engesellschaft** in Hamburg:  
Die Generalversammlung  
vom 28. Februar 1929 hat  
den mit der Aktiengesell-  
schaft unter der Firma  
**Mitteldeutsche Creditbank**  
zu Frankfurt a. M. ab-  
geschlossenen Verschmel-  
zungsvertrag vom 8. Fe-  
bruar 1929, wonach das  
Vermögen der letzteren  
als Ganzes unter Aus-  
schluß der Liquidation auf  
die Gesellschaft unter der  
Firma **Commerz- und Pri-  
vat-Bank Aktiengesellschaft**  
zu Hamburg übergeht, ge-  
nehmigt und zum Zweck  
der Durchführung dieses  
Verschmelzungsvertrags  
die Erhöhung des Grund-  
kapitals um 15.000.000 M.  
durch Ausgabe von 18.000  
Stammaktien zu je 1000  
Reichsmark und 20.000  
Aktien zu je 100 M., sämt-  
liche auf den Inhaber lau-  
tend, beschlossen. Die  
Erhöhung ist erfolgt. Das  
Grundkapital beträgt jetzt  
75.000.000 M., eingeteilt  
in 68.000 Aktien zu je  
1000 M. und 120.000 Ak-  
tien zu je 100 M., sämt-  
liche auf den Inhaber lau-  
tend. Der Umtausch der  
Aktien zu 600 M. und  
60 M. in solche zu 1000  
Reichsmark bzw. 100 M.  
ist durchgeführt worden.  
Durch Generalversamm-  
lungsbefehl vom 28. Fe-  
bruar 1929 ist der Gesell-  
schaftsvertrag in den §§ 5  
Abs. 1 (Grundkapital) und  
17 Abs. 1 Satz 1 (Wahl des  
Vorstandes und des Aufsicht-  
srats und Stellvertreter)  
geändert worden. Julius  
Rosenberger ist nicht mehr  
Vorstandsmitglied. Justiz-  
rat Dr. Albert Rabenellen-  
bogen, Frankfurt a. M.,  
Bankdirektor Friedrich  
Reinhart, Berlin, sind zu  
ordentlichen Mitgliedern  
des Vorstandes bestellt.

„Stein und Teer“, Ge-  
sellschaft für Landstran-  
den mit beschränkter Haf-  
tung in Liquidation,  
Mannheim: Die Firma  
ist erloschen.

**Philipp Lamade, Mann-  
heim:** Die Firma ist er-  
loschen.

**Auktionshaus Leonore  
Herrmann, Mannheim:**  
Die Firma ist erloschen.  
„Scholater“, Schokolade,  
Kaffee und Teevertrieb,  
Gesellschaft mit beschränk-  
ter Haftung, Mannheim:  
Die Geschäftsführerin Wil-  
helmine geborene Steg-  
meier ist jetzt die Ehefrau  
des Kaufmanns Franz  
Laver Weber in Mann-  
heim.

**Girard & Cie., Gesell-  
schaft mit beschränkter Haf-  
tung, Lonnay-Charente,  
Filiale Mannheim** in  
Mannheim, als Zweignie-  
derlassung der Firma Gi-  
rard & Co., Société à res-  
ponsabilité limitée in  
Lonnay-Charente (Frank-  
reich). Der Geschäfts-  
vertrag ist am 28. Januar  
1928 festgestellt. Gegen-  
stand des Unternehmens  
ist die Ausbeutung des  
Handelshauses in Drant-  
wein, das früher dem  
Kaufmann Etienne Girard  
und seiner Ehefrau Ma-  
rie Allg geb. Debeck, beide  
in Lonnay-Charente woh-  
haft, gehörte, und im all-

gemeinen alle Operati-  
onen finanzieller, geschäft-  
licher und industrieller Art,  
Erwerb und Verkauf von  
Mobilien und Immobilien,  
die in direktem oder in-  
direktem Zusammenhang  
mit obigem Zweck stehen.  
Das Stammkapital beträgt  
2.000.000 Franken. Ge-  
schäftsführer sind: Etienne  
Girard, Kaufmann, und  
Pierre Marie Girard,  
Kaufmann, und dessen  
Ehefrau Marie Allg geb.  
Debeck, beide in Lonnay-  
Charente, Maurice Louis  
de Gay, Arzt, und dessen  
Ehefrau Marie Marcelle  
geb. Girard, beide in No-  
han, Pierre Bonneau,  
Arzt, und dessen Ehefrau  
Marie Henriette Edith geb.  
Girard, beide in Boullig-  
nac, Felix Giffro, Arzt,  
und dessen Ehefrau Ma-  
rie Antoinette geb. Girard,  
beide in Quimper. Die  
Dauer der Gesellschaft ist  
auf 99 Jahre festgesetzt,  
vom 28. Januar 1928 an  
gerechnet. Als statuten-  
mäßiger Geschäftsführer,  
ohne Einschränkung der  
Wahlbefugnisse, ist Etienne  
Girard, Kaufmann, be-  
stimmt worden, der die Ge-  
sellschaft durch seine al-  
leinige Unterschrift ver-  
pflichtet. Die anderen Ge-  
schäftsführer können von  
ihrer Unterschrift nur in  
Gemeinschaft mit dem  
Herrn Girard Gebrauch  
machen. Als nicht einge-  
tragen wird veröffentlicht:  
Die Geschäftsführer Kauf-  
mann Etienne Girard und  
seine Ehefrau Marie Allg  
geborene Debeck, beide in  
Lonnay-Charente, bringen  
in die Gesellschaft Werte  
bis zur Höhe von einer  
Million siebenhunderttau-  
send Franken ein, beste-  
hend aus Grundstücken  
und einem darin betrie-  
benen Geschäft mit samt  
dem Material, Handwerks-  
zeug, Maschinen, Kundschaft,  
Einkaufung, neue und an-  
dere Waren, überhaupt ihr  
ganzes Netto-Geschäftsver-  
mögen. Für die am 30.  
Juni 1927 bestehenden  
Forderungen Dritter blei-  
ben die Geschäftsführer  
Etienne Girard und seine  
Ehefrau Marie Allg geb.  
Debeck persönlich haftbar.  
Das Eigentumsrecht die-  
ses Vermögens geht mit  
dem Tage der vollzogenen  
Gründung der Gesellschaft  
auf diese über, wie auch  
der seit dem 1. Juli 1927  
erzielte Geschäftsgewinn  
unter Abzug der im Grün-  
dungsakt vorgesehenen  
Provision. Geschäftssloka-  
l: Wellenstr. 2a.

**Bernhard Lamour, Wein-  
handlung, Mannheim:** Die  
Firma ist erloschen.

**Schuhhaus Willy Claus,  
Mannheim:** Die Firma  
ist erloschen.

**Hegler & Kubassa Ver-  
trieb von Wäschefabrikaten  
Mannheim, Mannheim:**  
Die Firma ist erloschen.  
Amtsgericht Mannheim.

**Oberkirch.** O.813  
Handelsregister-Eintrag  
**Progrechwerk Oberkirch,  
Aktiengesellschaft** in Sta-  
delhofen. In der General-  
versammlung vom 24. No-  
vember 1928 wurden sämt-  
liche Vorzugsaktien in  
Stammaktien umgewan-  
delt.  
Oberkirch, 19. März 1929.  
Amtsgericht.

**Oberkirch.** O.814  
Handelsregister-Eintrag:  
St. Vriatus, Gießerei-  
betrieb, G. m. b. H., in  
Oberkirch: Die Gesell-

schaft ist aufgelöst; erster  
Liquidator: Der Geschäft-  
sführer Franz Schirmann,  
Kaufmann, Oberkirch. Die  
Firma ist nach Beendi-  
gung der Liquidation er-  
loschen.  
Oberkirch, 27. März 1929.  
Amtsgericht.

**Offenburg.** O.782  
Handelsregister-Eintrag  
Abt. A Bd. II O.-Z. 128  
S. 289: **Sally Knopf, Frei-  
burg.** Zweigniederlassung  
Offenburg. Offene Han-  
delsgesellschaft. Gesellschafter:  
Arthur Knopf, Kauf-  
mann in Freiburg. Sally  
Knopf, Kaufmannswirt,  
Rebetta geborene Stellber-  
ger in Freiburg. Die  
Gesellschaft hat am 1. Ja-  
nuar 1919 begonnen. Ver-  
teilungs- und zeichnungs-  
berechtigt ist nur der Ge-  
sellschafter Arthur Knopf.  
Fritz Richter, Kaufmann  
in Emmendingen, u. Otto  
Samuleit, Kaufmann in  
Freiburg, haben Gesamt-  
procura dergestalt, daß die  
Genannten gemeinschaft-  
lich oder einer von ihnen  
in Gemeinschaft mit einem  
Handlungsbevollmächtigten  
die Firma rechtsverbind-  
lich vertreten. Offenburg,  
den 16. März 1929. Bad.  
Amtsgericht II.

**Storzheim.** O.758  
Handelsregister-Einträge:  
1. Firma **Gebr. Saade**  
in Storzheim: Die offene  
Handelsgesellschaft ist auf-  
gelöst. Der bisherige Ge-  
sellschafter Carl Julius  
Saade ist alleiniger In-  
haber der Firma.  
2. Firma **Fritz Wilhelm  
Eberle** in Storzheim: Die  
Firma ist in „Fritz Eber-  
le“ geändert.  
3. Firma **Jos. Ant. Volz**  
in Storzheim: Der persö-  
nlich haftende Geschäftsführer  
Josef Anton Volz ist aus  
der Gesellschaft ausgeschie-  
den.  
Amtsgericht Storzheim.

**Phillipsburg.** O.786  
In das Handelsregister  
B Bd. I ist heute bei der  
unter O.-Z. 11 eingetra-  
genen Firma **J. Weid, G.  
m. b. H.**, in Rheinhausen  
(Baden), eingetragen wor-  
den: Die Firma wird von  
amts wegen gelöst.  
Phillipsburg, den 25.  
März 1929.  
Bad. Amtsgericht.

**Schoffheim.** O.810  
Handelsregister-Eintrag  
B Bd. II O.-Z. 3 zur Fir-  
ma „**Job. Sutter, Papier-  
fabrik, Aktiengesellschaft** in  
Schoffheim“: Direktor  
Ludwig E. Walter ist aus  
dem Vorstand ausgeschie-  
den. Die Procura des  
Johann Reichert ist er-  
loschen.  
Schoffheim, 3. April 1929.  
Bad. Amtsgericht.

**Schoffheim.** O.827  
Handelsregister-Eintrag  
B Bd. II O.-Z. 2 zur  
Firma: **Wiesentäler Zement-  
warenfabrik, Gesell-  
schaft mit beschränkter Haf-  
tung in Fahrenau**.  
Durch Beschluß der Ge-  
sellschaft ist die Gesell-  
schaft aufgelöst. Die Ge-  
sellschafter Frau Johanna  
Reiffig in Hausen-Mat-  
bach und Hauptlehrer Leo-  
pold Martin in Fahrenau  
sind Liquidatoren.  
Schoffheim, den 5. April  
1929.  
Bad. Amtsgericht.

Für zwei  
**Kleinwohnungsbauten in  
der Heil- u. Pflanzengasse  
bei Konstanz**

sind nachstehende Arbeiten  
zu vergeben:  
Erb-, Maurer- und Zement-  
arbeiten ca. 140 cbm  
Beton, 90 cbm Badstein-  
mauerwerk; Zimmer-  
arbeiten ca. 22 cbm Holz;  
Schmiedearbeiten ca. 10  
cbm; Dachdeckerarbeiten  
220 qm. O.811

Zeichnungen, Bedingun-  
gen und Angebotsformu-  
lare können von 8 bis 12  
und 2 bis 5 Uhr beim Be-  
zirksbauamt Konstanz,  
Schillerstraße Nr. 9, vom  
8. bis 12. April einge-  
sehen werden. Die An-  
gebote sind verschlossen  
und mit entsprechender  
Aufschrift versehen spä-  
testens bis Montag, den 15.  
April 1929, vormittags  
10 Uhr, an das Bezirksbau-  
amt Konstanz, Schiller-  
straße 9 einzureichen, wo-  
selbst auch die Öffnung  
der Angebote stattfindet.  
Zuschlagsfrist 3 Wochen.  
Konstanz, 5. April 1929.  
Bezirksbauamt.



**Badisches Landestheater**  
Dienstag, 9. April  
\*E. 21. Ab.-Gem. 3. S. G.  
(2. Hälfte)

**Die Ministerin**  
Operette von Dr. Frank  
und Gehring  
Dirigent: Schwarz  
Regie: Krauß  
Mitwirkende:  
Schneider, Seibersich,  
Magda Straß, Felsig, G.  
Kaufkötter, Löfer, Kettig,  
Kindemann

Anfang 20 Ende geg. 22 1/2  
Preise C (1-7 Mk)

Mi., 10. April, Die große  
Geburtstagsfeier  
Do., 11. April, Hans Heiling  
Fr., 12. April, Wona Lisa  
Sa., 13. April, zum ersten-  
mal: Salmatala  
So., 14. April, nachmittags:  
Nathan der Weise  
abends: Der Wildschütz  
Am Konzerthaus:  
Der Prozeß Mary Dugan  
Mo., 15. April, Salmatala  
Di., 16. April, Gastspiel  
Robert Vogt: Martha, oder  
der Markt zu Richmond

**Colosseum**  
Täglich 8 Uhr  
Sonntags 4 u. 8 Uhr  
die neue Wiener Revue  
**Einst  
und  
Jetzt**

**Auto - Fahrschule Dalhofer & Hummel**  
Telephon Nr. 5677 Karlsruhe, Essenweinstraße 6/8 Telephon Nr. 5677

**Kursbeginn jederzeit** 175  
Theoretischer Unterricht an Hand von  
Lehrfilmen / Für gewissenhafte Aus-  
bildung wird volle Gewähr geleistet!